



Änderungsantrag

der Abgeordneten **Harald Güller, Inge Aures, Klaus Adelt, Alexandra Hiersemann, Christian Flisek, Natascha Kohnen, Markus Rinderspacher, Florian Ritter, Stefan Schuster, Arif Taşdelen, Ruth Müller SPD**

**Haushaltsplan 2019/2020;
hier: ÖPNV-Ausgleichsleistungen für ein kostenloses Seniorinnen- und Seniorenticket
(Kap. 09 06 neue TG)**

Der Landtag wolle beschließen:

Im Entwurf für den Doppelhaushalt 2019/2020 werden folgende Änderungen vorgenommen:

Im Kap. 09 06 (Öffentlicher Verkehr, Radverkehr) wird eine neue TG „ÖPNV-Ausgleichsleistungen für ein kostenloses Seniorinnen- und Seniorenticket“ mit Mittel im Jahr 2019 von 8.000,0 Tsd. Euro und im Jahr 2020 von 40.000,0 Tsd. Euro ausgebracht.

Begründung:

Um im Sinne einer sozialverträglichen, inklusiven und barrierefreien Verkehrswende den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) in Bayern für Seniorinnen und Senioren kostenlos nutzbar zu machen, wird diese TG neu eingerichtet.

Ältere Menschen sollen ohne Einschränkungen am gesellschaftlichen Leben teilnehmen können. Gerade für Seniorinnen und Senioren sind öffentliche Nahverkehrsangebote oft besonders notwendig, um beispielsweise alltägliche Besorgungen zu machen oder Arztbesuche wahrnehmen zu können. Um ihnen eine hohe Mobilität in allen Alltagssituationen zu ermöglichen ist die Einführung eines kostenlosen Tickets eine gute Möglichkeit. Nicht zuletzt ist zu beachten, dass diese Bevölkerungsgruppe überproportional von Armut betroffen ist.

Der Freistaat Bayern soll daher sämtliche Anstrengungen unternehmen, um in einem flächendeckenden System der bayerischen Verkehrsbünde ein solches Seniorinnen- und Seniorenticket einzuführen. Ein solches Ticket ist dabei auch im Hinblick auf das längerfristige Ziel eines kostenlosen ÖPNV zu sehen.

Mit den Zuweisungen werden die Träger, die vom Ausfall der entsprechenden Ticketzahlungen betroffen sind, entlastet. Mit den Mitteln der neuen TG können auch erste Anlaufkosten, die bei der Umstellung von Tarifstrukturen anfallen, ausgeglichen werden.

Mittel- und langfristig rechnen sich alle Investitionen in einen flächendeckenden, attraktiven und letztendlich kostenlosen ÖPNV deutlich: Der bayerische Verkehrssektor allein richtet durch seine Treibhausgasemissionen nach Schätzungen einen Schaden von mehreren Milliarden Euro pro Jahr an Folgekosten (vor allem für Umwelt und Gesundheit) an, Tendenz steigend. Eine Wende hin vom motorisierten Individual- hin zum öffentlichen Nahverkehr mit weniger Schadstoffausstoß rechnet sich für Bayern.

Die Änderungsanträge der SPD mit einer deutlichen Erhöhung der Mittel für den ÖPNV sind für den Freistaat Bayern eine nachhaltige und entscheidende Weichenstellung bei der unverzichtbaren und überfälligen Verkehrswende.